

Es gilt das gesprochene Wort!

Landtag Mecklenburg-Vorpommern
Fraktion DIE LINKE

22.03.2023

MdL Steffi Pulz-Debler

TOP 10

Beratung des Gesetzentwurfes der Fraktion der AfD

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Finanzierung und zur Transparenz in der Freien Wohlfahrtspflege in Mecklenburg-Vorpommern (Wohlfahrtsfinanzierungs- und -transparenzgesetz – WoftG M-V)

- Drucksache 8/1913 -

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren,

die AfD-Fraktion hat dem Landtag einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem sie vermeintliche oder tatsächliche Lücken bei der Transparenz der Verwendung von Landesmitteln durch die Wohlfahrtsverbände entdeckt haben will und schließen möchte.

Zum einen möchte die AfD-Fraktion den Berichtszeitraum für Spitzenverbände der Freien Wohlfahrtspflege von zwei Jahren auf ein Jahr verkürzen und zum anderen die Gehälter der Geschäftsführer offengelegt und in die Transparenzdatenbank eingefügt wissen. Ganz abgesehen davon, dass eine Verkürzung des Berichtszeitraumes nicht automatisch zu einer höheren Transparenz, sondern zunächst nur zu mehr Bürokratie führt, frage ich mich, ob die Gehälter der Geschäftsführerinnen für die AfD uninteressant sind oder Sie einfach davon ausgehen, dass es keine gibt, weil die gute deutsche Frau sowie an den guten deutschen Herd gehört. Doch zurück zur Sache.

Ja, es gibt weitere Beanstandungen bei der Verwendung von Fördermitteln des Landes wie der Landesrechnungshof in seinem Jahresbericht 2022 -Teil 1- auf Drucksache 8 Strich 1246 - ausgeführt hat und es gibt die mangelhafte Vergleichbarkeit der abgeforderten Berichte der Wohlfahrtsverbände. Der Hof hat in seinem Bericht geringfügige Verstöße im Wert von 40 Euro und auch gravierende Verstöße festgestellt. In einem Fall konnte sogar vorsätzliches Handeln nicht ausgeschlossen werden. Jedoch gab es – wie sich auf Nachfrage meiner Fraktion herausstellte – bei den drei Spitzenverbänden der Freien Wohlfahrtspflege sowie zwölf Untergliederungen, die geprüft wurden, nicht nur bei den Beträgen, sondern auch in der Häufung der Verstöße teilweise deutliche Unterschiede. Dies hat die Koalitionsfraktionen in diesem Fall ebenso zu einer Beschlussempfehlung veranlasst, wie im Falle der nicht vergleichbaren Berichte der Wohlfahrtsverbände. Und es gilt an dieser Stelle der allseits bekannte Spruch, dass es nichts gibt, was man nicht noch besser machen könnte. Aber dazu bedarf es Ihres Antrages nicht, meine wenigen Damen und vielen Herren von der AfD.

Schließen möchte ich mit dem erneuten Bekenntnis meiner Fraktion zur Freien Wohlfahrtspflege in unserem Land und den vielen dort engagiert tätigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern enden:

meine Fraktion – und ich gehe davon aus auch alle anderen demokratischen Fraktionen in diesem Landtag – wir wollen die Wohlfahrt stärken, wir wollen den sozialen Zusammenhalt in dieser Gesellschaft stärken und das will die AfD nicht.

Im Übrigen schaffen Sie erstmal Transparenz über die saubere deutsche Verwendung von Finanzmitteln in Ihren eigenen Reihen. Vielen Dank.